

Thomas Apolte, Lena Gerling

Verschwörungsmymthen und populistische Wahlerfolge – wie die Politik reagieren kann

Die Basis des Populismus ist die Verschwörungserzählung. Die Zustimmung zu solchen Erzählungen hat nicht zugenommen. Die Zustimmung zu populistischen Parteien aber schon. Wie kann das sein? Eine Erklärung: Nicht-populistische Politikanbieter können in geringerem Maße als früher Bevölkerungsgruppen, die in Verschwörungserzählungen verhaftet sind, an ihre jeweiligen Parteien binden. Die Parteibindung ist also schwächer geworden. Das treibt an Verschwörungserzählungen glaubende Menschen fast zwangsläufig in die Arme populistischer Parteien.

Populismus wird verbreitet als die vielleicht ernsthafteste Bedrohung der liberalen Demokratie seit dem Zweiten Weltkrieg betrachtet. Zugleich ist Populismus ein schillernder Begriff, über dessen Bestimmung kaum Einigkeit besteht (Guriev & Papaioannou, 2022). Eine in der Wissenschaft inzwischen breit akzeptierte Definition stammt von Mudde und Kaltwasser (2017). Demnach ist Populismus eine inhaltlich nicht spezifizierte Kernideologie, welche die Gesellschaft in zwei homogene Gruppen unterteilt, die sich antagonistisch gegenüberstehen. Inhaltlich spezifiziert wird sie erst durch rechte, linke oder religiös-fundamentalistische Weltanschauungen, an die sie andockt.

Der wichtigste Bestandteil ist demnach weniger die inhaltliche Spezifizierung, sondern die antagonistische Stellung zweier homogener Gruppen, von denen die eine als beherrschte Mehrheit (das „wahre Volk“) und die andere als eine elitär herrschende Minderheit gedeutet wird, welche sich zu diesem Zweck gegen das „wahre Volk“ verschworen hat. Insoweit besteht der Kern einer populistischen Ideologie stets aus einer Verschwörungstheorie. Je nach Variante stellt man sich hierzu unter anderem politische Eliten, Bildungs- oder Wissenschaftseliten, die Medien oder gar den gesamten Staatsapparat („deep state“) als homogene Verschwörungsgruppen vor (Sunstein & Vermeule, 2009).

Es ist insofern nicht verwunderlich, dass Bürger, die zum Glauben an Verschwörungsmymthen neigen, mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit populistische Parteien wäh-

len oder populistischen Politikerinnen oder Politikern anhängen (siehe Abbildung 2).

Empirische Hinweise

Aus der Charakterisierung populistischer Ideologien heraus, in Verbindung mit den in letzter Zeit zunehmenden populistischen Wahlerfolgen, könnte man zu dem Schluss gelangen, dass die Neigung zu Verschwörungstheorien in der Bevölkerung gestiegen sein müsse. Interessanterweise gibt es darauf jedoch keine empirischen Hinweise. Seit 2021 wird in der German Longitudinal Election Study (GLES) explizit nach verschiedenen Verschwörungstheorien gefragt. Abbildung 1 zeigt die Zustimmung zu der Aussage: „Es gibt bestimmte politische Zirkel, die geheime Pläne verfolgen und sehr viel Einfluss haben.“ Die Zustimmungswerte haben sich in den Jahren 2021 bis 2023 kaum verändert. Rund 30 % der Bevölkerung stimmen der Aussage über geheime Verschwörungen zumindest etwas zu. Dabei ist die Zustimmung zu Verschwörungs-

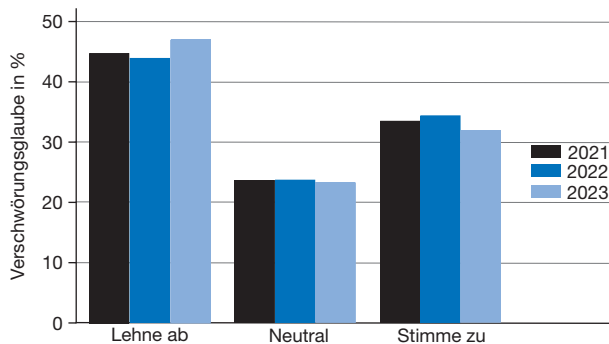
Prof. Dr. Thomas Apolte ist Professor für Ökonomische Politikanalyse am Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung der Universität Münster (CIW) und Forschungsprofessor an der SGH Warsaw School of Economics.

Dr. Lena Gerling ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Ökonomische Politikanalyse an der Universität Münster und am Thünen-Institut für Innovation und Wertschöpfung in ländlichen Räumen in Braunschweig.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Abbildung 1
Verschwörungsglaube



Anteil der Antworten auf die Frage: „Es gibt bestimmte politische Zirkel, die geheime Pläne verfolgen und sehr viel Einfluss haben.“ Ursprüngliche Skala der Antwortmöglichkeiten: 1: lehne stark ab, 2: lehne ziemlich ab, 3: lehne etwas ab, 4: neutral, 5: stimme etwas zu, 6: stimme ziemlich zu, 7: stimme stark zu. Diese Kategorien sind in der Abbildung wie folgt zusammengefasst: „Lehne ab“ = 1-3, „Neutral“ = 4, „Stimme zu“ = 5-7.

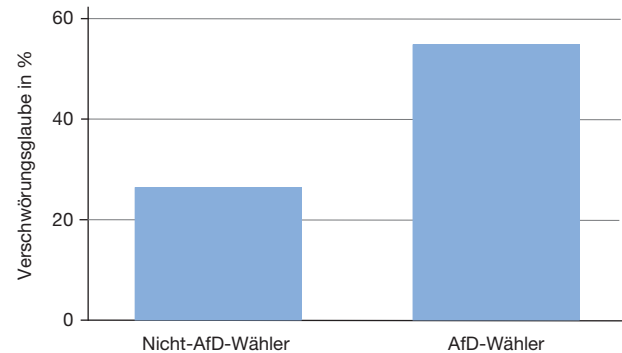
Quelle: GLES (2023a, 2023b, 2024), Wellen 16, 23 und 25.

theorien besonders stark ausgeprägt unter Anhängern der AfD, wie Abbildung 2 zeigt. Unter den Befragten mit einer AfD-Wahlabsicht liegt der Anteil derer, die der Frage zu den geheimen politischen Zirkeln zumindest etwas zustimmen, bei knapp 60 % – und ist damit rund doppelt so hoch wie bei allen anderen Befragten.¹

Leider wurden die Fragen zum Verschwörungsglauben in älteren Wellen des GLES nicht gestellt. Andere Survey-Daten legen aber für Deutschland und vergleichbare Länder sehr ähnliche und zeitlich wenig veränderliche Anteile nahe (Neu, 2023). Um sich dennoch empirisch der Frage anzunähern, wie sich das Verschwörungsglauben in der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum entwickelt hat, betrachten wir die Zustimmung zu einer weiteren Frage des GLES aus dem Themenspektrum Populismus: „Die Unterschiede zwischen dem Volk und der sogenannten Elite sind viel größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes“. Diese Frage zielt auf den Kernbestandteil einer populistischen Ideologie ab, nämlich den antagonistischen Gegensatz zwischen Volk und Elite, der sich auch im Kern von Verschwörungstheorien widerspiegelt. Tatsächlich finden wir für jene Jahre, in denen im GLES

¹ Interessanterweise finden sich keine substanziellen Unterschiede im Verschwörungsglauben bei Befragten mit einer Wahlabsicht für die Partei Die Linke, während bei den Befragten mit einer Wahlabsicht für eine gemäßigte Partei der Mitte das Verschwörungsglauben schwächer ausgeprägt ist (nur 25 % äußern hier eine entsprechende Zustimmung).

Abbildung 2
Verschwörungsglaube und AfD-Unterstützung



Panel-Erhebung 2023. Anteil der Befragten, die der Aussage „Es gibt bestimmte politische Zirkel (...)“ zustimmen, an allen Befragten mit AfD-Wahlabsicht (rechter Balken) bzw. an allen Befragten, die eine Wahlabsicht für andere Parteien oder keine Wahlabsicht (linker Balken) äußern.

Quelle: GLES (2024), Welle 25.

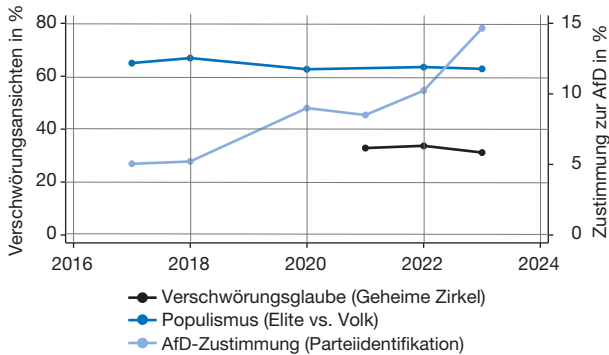
sowohl die Einstellungen zum Volk-Elite-Antagonismus als auch zum Verschwörungsglauben abgefragt werden, einen hohen Korrelationskoeffizienten von 0,87. Unter der Annahme, dass die Entwicklung der Zustimmung zum Volk-Elite-Antagonismus somit auch einen (wenn auch nicht perfekten) Hinweis auf die Prävalenz von Verschwörungsglauben in der Bevölkerung geben kann, zeigt Abbildung 3, dass der Anteil der Befragten, die der Frage über die Unterschiede zwischen Volk und Elite zumindest etwas zustimmen, seit 2017 relativ konstant zwischen 63 und 67 % liegt.² Im Gegensatz dazu hat sich der Anteil der Befragten, die sich im GLES mit der AfD identifizieren, zwischen 2017 und 2023 fast verdreifacht.

Theoretische Überlegungen

Wenn es – wie Abbildung 3 nahelegt – so ist, dass der Bevölkerungsanteil mit einer Neigung zum Verschwörungsglauben nicht in gleicher Weise wie die Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien angestiegen ist, sondern bereits vorher existierte, dann lassen sich die jüngsten Wahlerfolge der AfD nicht aus einem zunehmenden Verschwörungsglauben selbst erklären. Hinzu

² Da die Frage zum Volk-Elite-Antagonismus implizit auch sozio-ökonomische Verteilungsaspekte berührt, ist es nicht verwunderlich, dass die durchschnittlichen Zustimmungswerte für diese Frage höher sind als für die stärker zugespitzte Frage zu Verschwörungstheorien. Relevant für die vorliegende Betrachtung ist jedoch nur die Veränderung über die Zeit, nicht die absolute Höhe der Zustimmung.

Abbildung 3
Verschwörungsglaube und AfD-Unterstützung über die Zeit



Linke Y-Achse: „Verschwörungsglaube“ zeigt den Anteil der Befragten pro Welle, die der Aussage „Es gibt bestimmte politische Zirkel (...)“ zustimmen; „Populismus“ zeigt den Anteil der Befragten pro Welle, die der Aussage „Die Unterschiede zwischen dem Volk und der sogenannten Elite sind viel größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes“ zustimmen. Rechte Y-Achse: „AfD Zustimmung“ zeigt den Anteil der Befragten pro Welle, die angeben, sich mit der AfD zu identifizieren.

Quelle: GLES (2023a, 2023b, 2024), Wellen 5, 9, 13, 16, 23 und 25.

kommt: Sofern das Drittel der Bevölkerung, das in den vergangenen Jahren zu Verschwörungsgläubigen neigte, tatsächlich eine langfristig stabile Größe ist, können Wahlentscheidungen der Vergangenheit – zumindest mit Blick auf Verschwörungstheorien – nicht weniger irrational gewesen sein als die heutigen. Vielmehr deutet es darauf hin, dass nicht-populistische Politikanbieter längere Zeit die verschwörungstheoretisch denkenden Bevölkerungsgruppen dennoch an ihre jeweiligen Parteien binden konnten, diese Bindungsfähigkeit in jüngerer Zeit aber verloren haben. Entsprechend wäre genau hier nach den Ursachen für die jüngsten populistischen Wahlerfolge zu suchen.

Theoretische Überlegungen dazu legen nahe, dass sich ein verbreiteter Verschwörungsglaube im Zusammenhang mit Peer-Effekten durchaus mit geringen populistischen Wahlanteilen vereinbaren lässt, dass aber exogene Schocks schubweise Zuwächse populistischer Wahlanteile auslösen können (Apolte & Müller, 2022).³ Die Grundlage hierbei ist, dass Wahlentscheidungen durchaus auch, aber eben nicht allein auf der Basis rationaler Abwägungen der eigenen Interessenlage fallen, sondern auch aufgrund von emotionalen Parteienbindungen, was bereits die Theorie des „probabilistic voting“ berücksichtigt (Lindbeck & Weibull, 1987, 1993). Neuere The-

3 Polit-Ökonomische Modelle zu Populismus und Verschwörungsgläubigen sind rar. Eine Ausnahme ist Szeidl und Szucs (2025).

orien des Wahlverhaltens haben solche Aspekte zunehmend hervorgehoben (Gehlbach, 2023). Parteibindungen sind für uns deshalb bedeutsam, weil deren Verlust verschwörungstheoretisch denkende Menschen fast zwangsläufig in die Arme populistischer Parteien treibt.

Gerling und Kellermann (2022) haben Wechsel der Parteibindung empirisch nachvollzogen, wobei sich die Parteibindung über Peer-Effekte erklärt. Diese entstehen durch das soziale Umfeld und die darüber erzeugte Identifikation mit bestimmten Parteien und politischen Haltungen. Wenn sich aufgrund externer Schocks – Migration, Pandemie, Ukraine – Unmut über die bisher präferierte Partei zunächst subkutan entwickelt, so kann die Beobachtung von Zustimmung zu einer populistischen Alternative die bisherige Bindung schockartig lösen.

Theoretisch impliziert die Kombination von Parteibindung mit Peer-Effekten multiple Gleichgewichte in Modellen des Wahlverhaltens, welche hier vereinfacht skizziert seien (Apolte, 2025). Hierzu errechnet sich der erwartete Nutzen U einer Person $i \in \{1, 2, \dots, N\}$ aus Gruppe $g \in \{1, 2\}$ bei der Wahl einer Partei R („rationalistisch“) und einer Partei P („populistisch“) jeweils als:

$$U_{i,g}^e(R) = (1 - n^e) + u_R(\pi^R) + c \theta_i; \text{ und}$$

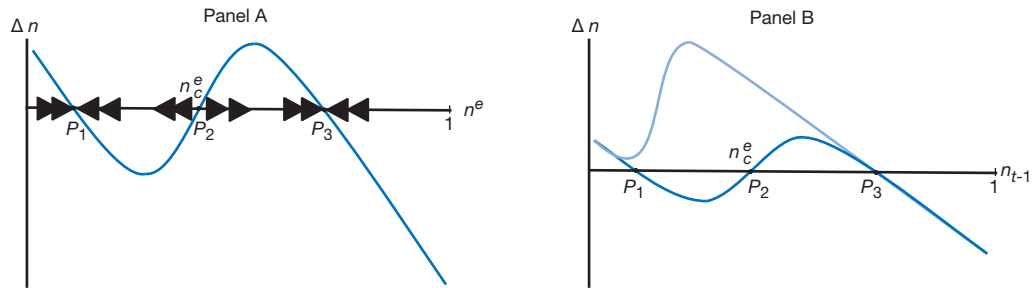
$$U_{i,g}^e(P) = n^e + u_P(\pi^P) + (1 - h \theta_i). \quad (1)$$

Es ist n^e der allgemein erwartete Wähleranteil für Partei P , und u der Nutzen aus einer Umverteilungspolitik π , welche die Parteien jeweils anbieten, wobei $u'_{g=1}(\pi) > 0$ und $u'_{g=2}(\pi) < 0$. Schließlich gibt $\theta_i \in [0, 1]$ den Grad an Rationalität und umgekehrt $1 - \theta_i$ den Grad an Verschwörungsgläubigen des Individuums i an, wobei θ_i normalverteilt ist. Der Koeffizient $c \in [0, 1]$ skaliert die inhaltliche Bindung an die rationalistische Partei R , sodass kleine Werte von c wie ein Push-Faktor weg von Partei R wirken. Ähnlich zu interpretieren ist der Koeffizient $h \in [0, 1]$, der die Akzeptanz der populistischen Partei P skaliert und insoweit wie ein Pull-Faktor wirkt.

Die Parteien selbst konkurrieren mit dem Parameter π und ihrer jeweiligen Eigenschaft als rationalistische oder populistische Partei. Dabei wählen sie im Gleichgewicht ein identisches Maß an Umverteilung $\pi^R = \pi^P$, was dem Standardergebnis der Theorie des probabilistic voting entspricht. Außerdem gilt im Gleichgewicht, dass der entscheidende Wähler s indifferent zwischen beiden Parteien ist, weil für ihn gilt:

$$\theta_s = \frac{2n^e}{c + h}. \quad (2)$$

Abbildung 4
Multiple Gleichgewichte im populistischen Wähleranteil



Die Abbildung zeigt die Veränderung im populistischen Wähleranteil Δn (Ordinate) abhängig vom erwarteten Wähleranteil n^e (Abszisse). Entlang der Abszisse befindet sich der Wähleranteil in einem dynamischen Gleichgewicht, weil hier gilt $\Delta n = 0$. Jedoch stellen nur die Punkte P_1 und P_3 stabile Gleichgewichte dar. Etwas rechts von P_1 ist $\Delta n < 0$. Daher sinkt n entlang der blau markierten Funktion und später auch n^e , bis P_1 wieder erreicht ist. Etwas rechts von P_2 ist dagegen $\Delta n > 0$, daher steigt n und später n^e immer weiter weg von P_2 , bis schließlich P_3 erreicht ist.

Quelle: eigene Darstellung.

Setzt man diese Bedingung in eine Normalverteilungsfunktion mit fixem Wähleranteil n_0 für die populistische Partei ein, erhält man folgende dynamische Gleichung:

$$\Delta n = n_0 + m \left[1 + \operatorname{erf} \left(\frac{2n_{t-1} - \mu}{\sqrt{2\sigma}} \right) \right] - n_{t-1}. \quad (3)$$

Das Interessante an Gleichung (3) ist: Die Veränderung Δn des Wähleranteils für die populistische Partei ist nicht abhängig vom Anteil der Menschen, der an Verschwörungstheorien glauben (θ_i), sondern lediglich vom beobachteten Wähleranteil in der Vorperiode n_{t-1} , von der Bindung an die rationalistische Partei c und der Anziehungskraft der populistischen Partei h .

In Panel A von Abbildung 4 findet sich ein dynamisches Gleichgewicht immer in den Schnittpunkten der Kurve mit der horizontalen Achse, weil dort $\Delta n = 0$ gilt und sich n , ausgehend von seinem Wert aus der Vorperiode, also n_{t-1} , nicht verändert. Die Gleichgewichte P_1 und P_3 sind darüber hinaus auch dynamisch stabil, weil kleinere Abweichungen immer wieder zum Gleichgewicht zurückführen. Das ist im Gleichgewicht P_2 anders. Es ist dynamisch instabil, weil kleinste Abweichungen nach rechts oder links immer weiter weg von P_2 und jeweils zu den stabilen Gleichgewichten P_1 und P_3 führen. P_2 markiert daher einen kritischen Wert in der Zustimmung zur populistischen Partei n_c^e , dessen kurzfristige Überschreitung durch exogene Schocks zu einem Wechsel von P_1 zu P_3 führt. Weil n_{t-1} und n^e technisch identisch sind, reichen für solche Gleichgewichtswechsel Einschätzungen über die künftige Höhe von n , die nicht einmal zutreffen müssen.

Nennen wir P_1 das „rationalistische“ Gleichgewicht, weil es hier nur kleine populistische Wähleranteile gibt, so führt ein hinreichend großer Schock im Wähleranteil in der Vorperiode n_{t-1} – oder dessen Einschätzung n^e – dazu, dass ein Wechsel vom rationalistischen Gleichgewicht P_1 zum „populistischen“ Gleichgewicht in P_3 mit hohem populistischem Wähleranteil erfolgt.

Interessant ist, dass es für einen Wechsel von einem rationalistischen hin zu einem populistischen Gleichgewicht keine Veränderung des Anteils an Menschen geben muss, die an Verschwörungstheorien glauben. Zwar spielt die Tatsache, dass ein gewisser Anteil der Bevölkerung daran glaubt, eine gewichtige Rolle. Aber der Anstieg der populistischen Wähleranteile selbst ist nicht auf einen Anstieg des Anteils jener Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen, die an Verschwörungstheorien glauben. Der Grund ist, dass in P_1 auch verschwörungstheoretisch denkende Wählerinnen und Wähler über Peer-Effekte an die rationalistische Partei gebunden sind, während diese Peer-Effekte ins Gegenteil umschlagen, wenn ein exogener Schock den populistischen Wähleranteil – entweder tatsächlich oder nur als erwartete Größe – einmalig über das Niveau P_2 hinaushebt.

Schließlich hält diese Analyse noch eine weitere Lehre bereit. Änderungen in den Koeffizienten c und h verschieben den Verlauf der dynamischen Funktion, wie durch den hellblauen Verlauf in Panel B dargestellt. Hinter Veränderungen des Push-Faktors c können inhaltlich aufkeimende Differenzen stehen. In ähnlicher Weise können Veränderungen des Pull-Faktors h eine verstärkte Anziehungskraft popu-

listischer Parteien entwickeln, was zum Beispiel durch verändertes Informationssuchverhalten im Zusammenhang mit sozialen Medien ausgelöst wird. Beides kann zunächst ohne Folgen für die populistischen Wähleranteile bleiben, bis es sich mit hinreichend hohen Erwartungen bezüglich steigender populistischer Wähleranteile verknüpft und dann lawinenartig steigende populistische Wähleranteile erzeugt. Im Extremfall von Panel B können Anpassungen der Push- und Pull-Faktoren sogar so weit gehen, dass das rationalistische Gleichgewicht P_1 verschwindet und nur noch ein populistisches Gleichgewicht verbleibt.

Was tun?

Es kann hier nicht darum gehen, ein umfassendes Konzept für den Umgang mit autoritär-populistischen Parteien zu entwickeln. Daher muss es bei einigen Grundüberlegungen bleiben. Hierzu sind zwei Eckpunkte von Bedeutung.

Erstens. Wenn rund ein Viertel der Wahlbevölkerung eine autoritär-populistische Partei wählt, dann wird dieser Teil der Bevölkerung in einem per Verhältniswahlrecht zusammengesetzten Parlament auch näherungsweise mit diesem Anteil repräsentiert. Sofern eine solche Partei verboten wurde, haben ihre potenziellen Wählerinnen und Wähler andere Parteien zur Auswahl, durch die sie dann im Parlament repräsentiert werden. Eine solche Einschränkung kann man dieser Wählergruppe zumuten, sofern eine Partei aufgrund der Tatsache verboten wurde, dass sie die Regeln der parlamentarischen Demokratie selbst bekämpft. Unter diesen Bedingungen muss man erwarten, dass alle Wählergruppen aus dem Angebot an demokratischen Parteien auswählen und sich allein auf diesem Weg parlamentarisch repräsentieren lassen.

Solange eine populistische Partei aber legalen Status hat, müssen die Rechte ihrer Abgeordneten ebenso vollumfänglich sichergestellt werden wie jene aller anderen Abgeordneten. Das ist nicht nur juristisch zwingend, sondern auch politisch geboten. Denn bei einem Verstoß würde man populistischen Wählerinnen und Wählern zunächst das Recht einräumen, ihre Kandidaten ins Parlament zu wählen, diesen Abgeordneten dann aber parlamentarische Repräsentationsrechte vorenthalten. Dadurch würde sich das populistische Wählerviertel zurecht von den demokratischen Prozessen ausgeschlossen fühlen. Gerade solche Wähler, die an Verschwörungsmysmen glauben, würden ihren Verdacht bestätigt sehen.

Unabhängig davon ist es aber gegenüber antidemokratischen Parlamentsfraktionen politisch nachvollziehbar und rechtlich in einem gewissen Rahmen auch zulässig, wenn andere parlamentarische Gruppen im Rahmen der

demokratischen Regeln sogenannte Brandmauern errichten. Unsere empirischen und theoretischen Befunde zeigen aber auch, dass solche Brandmauern Nebenwirkungen entfalten. Denn sie nähren den Verschwörungsglauben und vermitteln populistischen Wählergruppen den Eindruck, durch ein Elitekartell gegenüber der öffentlichen Entscheidungsfindung abgeschottet zu werden.

Zwar ist dies allein kein pauschales Argument gegen Brandmauern. Es mahnt aber dazu, bei deren konkreter Ausgestaltung die Nebenwirkungen im Blick zu behalten. Hier geht es um Details: Gewährt man Populisten Zugang zu Ausschüssen, gar als Vorsitzende? Darf man Stimmen aus dem populistischen Lager für die eigene Mehrheit passiv akzeptieren? Darf man sie gar aktiv akzeptieren und dabei Logrolling betreiben, indem man für deren Zustimmung an einer Stelle Zugeständnisse an einer anderen Stelle macht? Sollte man noch anders vorgehen und über die Geschäftsordnung des Bundestages oder der Landtage nachdenken, um den in Deutschland sehr ausgeprägten Fraktionszwang aufzulockern? Wie immer man diese Fragen beantwortet: Man wird keine Ausgestaltung finden, mit deren Hilfe der Populismus einfach verschwindet, und so wird man ihn immer da erdulden müssen, wo er formal legal operiert. Statt also vergeblich zu versuchen, Populismus wieder loszuwerden, sollte man sich darauf fokussieren, ihm die Möglichkeiten zu nehmen, Schaden an der demokratischen Ordnung anzurichten. Damit sind wir beim zweiten Eckpunkt.

Zweitens. Erfahrungsgemäß richten Politiker autoritär-populistischer Parteien dann Schaden an der Demokratie an, wenn sie Zugriff auf die Exekutive erhalten. Das zeigen unter anderem die Erfahrungen in Ungarn, in Polen und neuerlich in den Vereinigten Staaten. Hier sind sie sogar besonders sichtbar, weil sie aus funktionierenden Demokratien heraus entstanden sind. Die Verbindung zwischen der Mehrheit in der Legislative und der Regierungsgewalt ist in parlamentarischen Demokratien zwar sehr eng. Dennoch handelt es sich um zwei unterschiedliche Gewalten, und vielleicht sollten die populistischen Wahlerfolge Anlass dazu geben, sich hierauf wieder mehr zu besinnen. Denn es impliziert, dass Hürden für autoritär-populistische Politiker vielleicht effektiver am Zugang zur Exekutive ansetzen sollten.

Es spricht wenig dagegen, Personen, die die exekutive Position von Regierungschefs, Ministern oder Staatssekretären anstreben, ein besonderes und nachweisbares Maß an Loyalität zu unserer liberalen Demokratie abzuverlangen. Besonders augenfällig ist der Verstoß gegen dieses Prinzip im Falle der USA, wo man einen Mann zum Präsidenten kürte, der vier Jahre zuvor ganz offenkundig einen gewaltsamen Putschversuch mit fünf Toten und vie-

len Verletzten angezettelt und darüber hinaus weitere demokratieschädigende Straftaten begangen hatte. Wenn solche Dinge geschehen, lässt dies auf tieferliegende konstitutionelle Probleme schließen.

Freilich gilt es auch bei diesem Aspekt, viele Detailfragen zu klären. Aber auch hier gilt, dass es nicht darum gehen darf, bestimmten Wählergruppen die Repräsentation zu verweigern, dass es aber zugleich immer darum gehen muss, den demokratisch gewählten Repräsentanten dieser Wählergruppen die Grenzen dessen aufzuzeigen, was in unserer liberalen und demokratischen Ordnung erlaubt ist und was nicht.

Literatur

- Apolte, T. (2025). *Conspiracy Theories, Populism, and Voting Dynamics* [Manuskript].
- Apolte, T. & Müller, J. (2022). The Persistence of Political Myths and Ideologies. *European Journal of Political Economy*, 71.
- Gehlbach, S. (2023). *Formal Models of Domestic Voting*. Cambridge University Press.
- Gerling, L. & Kellermann, K. L. (2022). Contagious populists: The impact of election information shocks on populist party preferences in Germany. *European Journal of Political Economy*, 72, 1–34.
- GLES – German Longitudinal Election Study. (2023a). GLES Panel 2016–2021, Wellen 1–21 (ZA6838; Version 6.0.0). GESIS.
- GLES – German Longitudinal Election Study. (2023b). GLES Panel 2022, Welle 23 (ZA7729; Version 1.0.0). GESIS.
- GLES – German Longitudinal Election Study. (2024). GLES Panel 2023, Welle 25 (ZA7731; Version 1.0.0). GESIS.
- Guriev, S. & Papaioannou, E. (2022). The Political Economy of Populism. *Journal of Economic Literature*, 60, 753–832.
- Lindbeck, A. & Weibull, J. W. (1987). Balanced-Budget Redistribution as the Outcome of Political Competition. *Public Choice*, 52, 273–297.
- Lindbeck, A. & Weibull, J. W. (1993). A Model of Political Equilibrium in a Representative Democracy. *Journal of Public Economics*, 51, 195–209.
- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press.
- Neu, V. (2023). *Das ist alles bewiesen: Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland*. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- Sunstein, C. & Vermeule, A. (2009). Conspiracy Theories: Causes and Cures. *Journal of Political Philosophy*, 17, 202–227.
- Szeidl, A. & Szucs, F. (2025). A Model of Populism as a Conspiracy Theory. *American Economic Review*, 115(9), 3214–3247.

Title: *Conspiracy myths and populist electoral successes – how politicians can respond*

Abstract: *Conspiracy theories form the basis of populism. Support for conspiracy narratives has not increased. Support for populist parties, however, has. How can this be? One explanation is that non-populist political parties are less able than before to attract and retain support from sections of the population who believe in conspiracy narratives. Party loyalty has therefore weakened. This almost inevitably drives people who believe in conspiracy narratives into the arms of populist parties.*